Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,60 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 153 | Dresden, Montag den 4. Juli 1921 | 32. Jahrg.

Landesparteitag und Einheitsfront

Der Geschäftsbericht: 100149 Mitglieder. — Eine Entschließung für die Einheitsfront

Die Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie tagt im Leipziger Volkshaus, dem nahezu wieder hergestellten, der Leipziger Arbeiterschaft gehörigen Gebäude. Im Mittelpunkt der Sonntagsdebatten stand die Frage des Zusammengehens mit den Unabhängigen. Dazu lag jene Chemnitzer Resolution vor, die direkte Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung mit dem Ziele einer nicht zu fernen Verschmelzung beider sozialistischen Parteien fordert. Ein Antrag, der zweifellos diktiert ist von anerkennenswertem Wollen, wenngleich der vorgeschlagene Weg der direkten Verhandlungen nicht gerade zeitgemäß war.

Die Landeskonferenz hat verstanden, den guten Kern des Antrags zu retten, indem sie den Chemnitzer mit einem Dresdner Antrag verschmolz. Damit kam eine Einigungsentschließung zustande, die einstimmig angenommen wurde und die aussprach, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwischen U. S. P. und S. P. D. zu gering sind, als daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden dürften, daß deshalb die sozialistische sächsische Regierung mit allen Kräften zu halten und zu fördern sei und daß die Kräfte der beiden sozialistischen Parteien überall im Lande in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden möchten.

Wir begrüßen diese Entschließung als eine glückliche Formulierung dessen, worauf es besonders in der gegenwärtigen Situation ankommt. Wenn wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Einigung nunmehr dicht vor der Tür steht, wenn auch auf beiden Seiten in der praktischen Arbeit noch weiteres Entgegenkommen gezeigt werden muß, wenn auch die Unabhängigen noch mehr lernen müssen, auf die Nuragitationspolitik zu verzichten, so hat unsre Landestagung doch wieder einmal den festen Willen bekundet, in praktischer Arbeit den Unabhängigen die Hand zu reichen.

Bei Besprechung der politischen Lage wurde auch die Frage unsrers Verhaltens zu den bürgerlichen Parteien gestreift. Eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben ist der Schutz der Republik und der Demokratie gegen die monarchistisch-reaktionären Treibereien. Den bürgerlichen Parteien die Regierung zu überlassen, wenn eine reinsozialistische nicht zustande kommt, hieße für den Sozialismus, der Reaktion das Feld für alle Rückwärtsrevidierung zu überlassen. Schon aus diesem Grunde erscheint es uns als eine Voraussetzung des engeren Zusammengehens zwischen U. S. P. und S. P. D., daß die Unabhängigen bereit sind, sich mit republikanisch-demokratisch-bürgerlichen Parteien in eine Regierung zu setzen, sofern die reinsozialistische unmöglich ist. Von der Unterstützung einer demokratisch-sozialistischen Regierung Wirth bis zur Teilnahme an dieser Regierung ist, wie es der unabhängige Führer Breitscheid ganz richtig ausgesprochen hat, nur ein Schritt. Und wenn die Reaktion vor den Türen stünde, wie in der Zeit der Kappiage, da die Unabhängigen mit den Demokraten ebenfalls in Abwehrgemeinschaft zusammensaßen, würden sie wohl kaum zögern. Warum also warten, bis der Feind das Tor unmittelbar bedroht?

Allerdings müssen sich auch die Genossen in unsern Reihen, die ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unter gewissen Umständen für nötig halten, darüber klar sein, daß solche Bekundungen in gegenwärtiger Zeit einem Zusammenarbeiten zwischen uns und der U. S. P. nicht förderlich sind. Gewiß soll man in der Politik niemals nie sagen und wir wissen nicht, wie die Volkspartei und wie die Probleme der deutschen Politik in irgendeiner ferneren Zeit aussehen. Heute aber bekennt sie sich zum Monarchismus und hat das in ihrer Haltung während der Kappiage auch praktisch betätigt. Eine solche Partei, mit der wir noch dazu in den gegenwärtig so brennenden Steuerfragen, in der Frage der Sozialisierung, in den Fragen der Ausführung des Ultimatums kaum einen Schritt zusammengehen können, ist für uns nicht zum Regierungsbündnis reif. In der Reichspolitik haben sich die Genossen bis heute dagegen entschieden, die preußischen Genossen haben sich ebenfalls energisch dagegen ausgesprochen, und die sozialdemokratische Redakteurkonferenz, die vor Monatsfrist in Berlin abgehalten wurde, bewies recht drastisch, daß man mit der Befürwortung des Zusammengehens mit der Volkspartei eher vielleicht die Sozialdemokratie sprengen, aber auf keinen Fall das sozialistische Proletariat einigen kann.

Für uns in Sachsen brauchte das Problem, ob die Sozialdemokratie mit der volksparteilichen Mischung zusammen in die Regierung gehen kann, überhaupt keine Rolle zu spielen. Die sachlichen Gegensätze zwischen uns und den Unabhängigen sind gegenwärtig derart gering geworden, daß schon auf dieser Grundlage in allen politischen Kämpfen eine Zusammenfassung der sozialistischen Kraft denkbar wäre, die uns in Sachsen die Regierungsmehrheit sichern müßte. Das wissen auch gewisse Parteien und gewisse Blätter recht gut. Mit welcher Ausführlichkeit berichtet der Dresdner Anzeiger alles, was als Argument gegen ein Zusammengehen mit den Unabhängigen angesehen werden könnte! Man weiß da drüben recht gut, was es politisch bedeuten würde, wenn die beiden sozialistischen Parteien ihre Kraft nicht mehr in gegenseitigen Kämpfen zu zersplittern brauchten.

Sachsen hat einmal lange Zeit als das Probierland der Reaktion gegolten. Die Aufgabe der beiden sozialistischen Parteien ist es, Sachsen zum Probierland einer sozialistisch gerichteten Politik zu machen.

* * *

Die Verhandlungen

1. Tag

Leipzig, 2. Juli

In dem schlicht geschmückten Gesellschaftssaal des Volkshauses Leipzig begann am Sonnabend den 2. Juli die Tagung der Landesversammlung. Vom Parteivorstand war Genosse Molkenbuhr, von der sächsischen Regierung Genosse Heldt anwesend.

Reichstagsabgeordneter Genosse **Pinkau** begrüßte die Vertreter der Partei, die aus allen Landesteilen erschienen waren. Er verwies eingangs auf die innere und äußere Krise, die auch dem Proletariat schwere Verpflichtungen auferlege, die in den Beratungen und Beschlüssen der Tagung berücksichtigt werden müßten. Leipzig sei historischer Boden der sozialistischen Bewegung. Hier begann das Wirken Lassalles, Bebels und Liebknechts im Arbeiterbildungsverein und von hier aus habe die sozialistische Bewegung ihren Siegeszug über Deutschland und auch im gewissen Sinne über die ganze Welt genommen. Diese Bewegung sei in ihren Anfängen von scharfen Meinungsverschiedenheiten belebt worden. Das sei so weit gegangen, daß die Zersplitterung in eine Lassalleaner und Eisenacher Richtung eingetreten sei. Die junge Bewegung habe sehr bald das ganze Bürgertum, vor allem die Reaktion, auf die Beine gebracht und jene unsägliche Verfolgung der jungen Bewegung gezeitigt, die mit Ausweisungen und Gefängnisstrafen arbeitete. Leipzig allein habe 200 Jahre Gefängnis und Zuchthaus eingeworfen. Das Sozialistengesetz habe die sich bekämpfenden Brüder schließlich wieder zusammengeführt und der Bewegung die nötige Stoßkraft verliehen. Das Auf und Nieder dieser Bewegung in den Stimmenzahlen der Reichstagswahlen der letzten 30 Jahre hervorhebend, betont er, daß zu aller Zeit der Meinungskampf, der Streit über Fragen der Taktik unsre Partei beherrscht habe. Während jedoch dieser Meinungskampf der Partei, solange sie klein war, wenig Einfluß auf das Proletariat übte, sei das heute bei der gewaltigen Stärke der Sozialdemokratie anders geworden. So leidenschaftlich man auch früher gekämpft habe, immer habe man in dem Andersdenkenden den Kameraden und nicht den Verräter gesehen. Und manch eine Persönlichkeit, die damals heiß umstritten war, er erinnere nur an Lassalle und Schweitzer, sei heute vom ganzen Proletariat geehrt und gefeiert. Pinkau ging dann auf die Spaltung unsrer Partei während des Krieges ein und zeigt die Schwierigkeiten, die einmal gespaltenen Massen wieder zusammenzuführen. Solange die prinzipiellen Auffassungen über die Diktatur bei der U. S. P. nicht aufgegeben werden, sei schwerlich an eine Einigung zu denken. Diese könne nur bei rückhaltloser Anerkennung der Demokratie erfolgen. Er wünsche, daß die Arbeiten der Landesversammlung dieser Einigung dienen, und die Genossen in ihrer Auffassung befestigen und in umstrittenen Fragen Klarheit bringen mögen.

Genosse **Eggert** vom Landesausschuß begrüßt gleichfalls die Versammlung und vornehmlich den Genossen Molkenbuhr, den alten Kämpfer, der ein Stück Parteigeschichte verkörpere. Er wünscht Selbstkritik in der sachlichsten Form.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden die Genossen Hagen-Leipzig und Kühn-Dresden, zu Schriftführern Genosse Schubert-Leipzig, Lische-Chemnitz, Gen. Siebold-Leipzig und Tillack-Reichenbach gewählt. Für die Mandatsprüfungskommission werden die Genossen Mühler-Flöha, Schubert-Leipzig, Wagner-Plauen und Frau Pietsch-Dresden ernannt.

Zur Beratung stehen die Anträge 6, 15, 17, 18, 20, 22 und 23. Zum ersten Punkt der Tagesordnung beantragt Genosse Kühn, daß auf Wunsch der Meißner Landeskonferenz eine Verdoppelung der Mandate vorgenommen werden sei, was von der Versammlung genehmigt wird.

Hierauf gibt Genosse Eggert den

Geschäftsbericht.

Er betont, daß an Stelle des Landesvorstandes der Arbeitsausschuß getreten sei, um gemeinsame Aktionen für das ganze Land vorzubereiten. Der Mitgliederstand im verlaufenden Geschäftsjahr wirkte befriedigend. Habe anfangs die Mitgliederzahl 69 685 männliche und 13 069 weibliche, insgesamt 82 755 betragen, so sei sie am 31. März 1921 auf 85 871 männliche und 14 574 weibliche, insgesamt **auf 100 149 Mitglieder gestiegen**, so daß eine Zunahme von insgesamt 17 800 Mitglieder zu verzeichnen sei. Aber hinter diesen Zahlen bleiben die der Vorkriegszeit noch wesentlich zurück. Denn 1914 konnten 177 685 Mitglieder gezählt werden, aber der Weltkrieg habe mit der großen Zahl Gefallener die Organisation geschwächt und die Spaltung habe ein übriges getan. Vergleiche man jedoch die Zahlen, die die Unabhängige Sozialdemokratie an Mitgliedern angebe und die 96 543 betrugen, so ständen wir mit unserm Mitgliederstande 100 000 **Mitglieder**. Ganz besonders [illegible] sei der Leipziger Bezirk gewesen. Bei der Spaltung 1917 seien nur 92 Genossen unsrer Organisation treu geblieben. Heute betrage die Organisation 6800 Mitglieder. Es stehe zu erwarten, daß dieser Erfolg anhalten werde. Eine besonders [illegible] für die Organisation sei die über ganz Sachsen eingeführte „Rote Woche“ gewesen. Dabei haben Dresden 5614, Chemnitz 2000, Zwickau 1573 und Leipzig 1200 Mitglieder gewonnen. Der Redner empfiehlt, diese Werbemethode auch in kommenden Jahren zur Anwendung zu bringen. Gleich zufriedenstellend seien die Kasseneinnahmen. Die erhöhte Beitragsleistung sei nirgends auf Schwierigkeiten gestoßen. Chemnitz erhebe für weibliche Mitglieder 30 Pf., für männliche Mitglieder 40 Pf. pro Woche. Zwickau das gleiche bereits vom 1. Januar 1921 an, Dresden erhebe für männliche Mitglieder [illegible] 50 Pf. Er müsse darauf verweisen, daß der Partei in Zukunft erhöhte Mittel zugeführt werde, und er wünsche, daß in allen Bezirken der 50-Pf.-Beitrag, der in Dresden ohne Schwierigkeit durchgeführt sei, erhoben werden möchte. An Mitgliedsbeiträgen seien in Dresden 691 383 M., in Chemnitz 372 504 M., in Zwickau 114 910 M., in Leipzig 56 921 M., insgesamt 1 800 651 M. aufgebracht worden. Der Kassenumsatz im [illegible]

Das ganze Aufruhrgebiet geräumt

Eigene Drahtmeldung

Paris, 4. Juli. Der Sonderberichterstatter des Petit Journal drahtet seinem Blatte aus Zawonske, dem polnischen Hauptquartier: Die Räumung Oberschlesiens geht sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite ohne Zwischenfälle vor sich und man darf darauf rechnen, daß Dienstag den 5. Juli das ganze Aufruhrgebiet in den Händen der Interalliierten Kommission sein wird.

Breslau, 4. Juli. Der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien ist seit gestern im ganzen Industriegebiet bis Kattowitz wieder aufgenommen worden. Auch D-Züge verkehren wieder bis Kattowitz. Die Züge werden sehr stark benutzt, doch wagt sich die deutsche Bevölkerung infolge des Ausnahmeerlasses der Interalliierten Kommission und mangels polizeilichen Schutzes in den ländlichen Orten des Industriegebietes noch nicht auf das Flachland zurück.

Die Pariser Blätter für die Sanktionen

Paris, 3. Juli. Die Pariser Presse fährt heute früh fort, sich mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen zu beschäftigen. Zahlreiche Blätter versuchen gegen die Aufhebung der Sanktionen Stimmung zu machen. Das Echo de Paris macht auf die Bedeutung des Pfandes aufmerksam, das die Alliierten in dem Rheingebiet in den Händen haben. — Die Republique Française erklärt, daß Deutschland das Londoner Ultimatum nur angenommen habe, um die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden. Deshalb dürfe man die Sanktionen nicht aufheben. — In ähnlichem Sinne schreibt die Action Française.

*

Die italienische Presse

Rom, 3. Juli. Die italienische Presse kommentiert die Weigerung Frankreichs, die Sanktionen aufzuheben, als neuen Beweis dafür, daß Frankreich gegen Deutschland mala fide vorgehe. Frankreich wünscht gleich Shylock, nicht, daß sein Schuldner zahle, sondern blute.

Der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozeß

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, 4. Juli. In der heutigen Montagsverhandlung beantragt die Verteidigung die Vernehmung des Zeugen Vogt, der als Ordonnanzoffizier die Gefechte in den Augusttagen mitgemacht hat. Der Zeuge bestätigt, daß Verwundete und Gefangene hinter den deutschen Schützenlinien wieder zu den Waffen gegriffen haben. Die französischen Soldaten seien von ihren Offizieren angewiesen worden, sich totzustellen und im günstigen Augenblick wieder in den Kampf einzutreten.

Es wird dann der vom Oberreichsanwalt geladene Ingenieur Brühl-Schweiner vernommen, der bestätigt, daß Major Crusius schon vor dem 20. August zusammengebrochen sei. Von dem Befehl des Generals Stenger, keine Gefangenen zu machen, weiß er nichts. Seine Kompanie habe sowohl Gefangene noch Verwundete getötet.

Sachverständiger Döhner schildert den Major Crusius als sehr schweigsam, jedenfalls aus Schmerz über die Verwundung seines einzigen Sohnes, der in der Nähe mitkämpfte. Sachverständiger Dr. Jeroan, Oberarzt in der Irrenanstalt bei Hannover, gibt ein Gutachten über die Geistesverfassung des Majors Crusius, soweit sie krankhafte Störungen aufweist, die für den § 51 des Strafgesetzbuchs in Betracht kommen und die eine Entschuldigung dafür bieten könnten, daß er den Befehl des Generals Stenger mißverstanden habe. Major Crusius habe bei seiner Einlieferung in die Klinik angegeben, daß er häufig Schwindel gelitten habe. Sein seelischer Zusammenbruch sei darauf zurückzuführen, daß er seine Gefangenen erschießen ließ.

Auf Grund der Zeugenaussagen und seiner Kenntnis der Person des Majors Crusius kommt der Sachverständige zu dem Urteil: Crusius sei eine psychisch nicht normale Person, als geisteskrank im allgemeinen Sinne könne er nicht bezeichnet werden. Von den Mannschaften ist gesagt worden, daß er sehr um seine Truppen besorgt war, und [illegible] festzustellen, daß er in der Besprechung mit General Stenger einen Befehl dahin aufgefaßt hat, keine Gefangenen zu machen.